

Krakauer Zeitung.

Nr. 84.

Freitag, den 11. April

1862.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierjähriger Abonnement. Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seite für 9 Nr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seite für 9 Nr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krakauer Zeitung“ (Großer Ring N. 29). Zuwendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planen. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Preis: für Krakau 4 fl. 20 Nr., mit Versendung 5 fl. 25 Nr. — Die einzelne Nummer wird mit die erste Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3½ Kr.; Stempelgebühr für jed. Einschaltung 20 Kr.

Einladung zur Pränumeration auf die „Krakauer Zeitung“

Mit dem 1. April 1862 begann ein neues vierjähriges Abonnement unseres Blattes. Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. April bis Ende Juni 1862 beträgt für Krakau 4 fl. 20 kr., für auswärts mit Inbegriff der Postauswendung, 5 fl. 25 Nr. Abonnements auf einzelne Monate werden für Krakau mit 1 fl. 40 Nr., für auswärts mit 1 fl. 25 Nr. berechnet.

Bestellungen sind für Krakau bei der unterzeichneten Administration, für auswärts bei dem nächstgelegenen Postamt des In- oder Auslandes zu machen.

Die Administration.

Amtlicher Theil.

An milden Unterstützungsbeiträgen für die Weichselüber schwemmen sind bis Ende März l. J. eingeflossen beim k. k. Bezirksamte

1. in Radłów	162 fl. 64 kr. österr. Währung, woran sich beteiligten:	fl. kr.
die Gemeinde Radłów	7	—
" " Dolega	4 20	—
" " Niwka	3	—
" " Marcinkowice	2 50	—
" " Wola Radłowska	11 10	—
" " Biskupice	10	—
" " Przybysławice	6 55	—
" " Zabawa	5 50	—
Pfarrer Ujejski in Zaborów	4	—
Pfarramt in Zaborów	16	—
" " Borzęcin	13 85	—
" " Szczerowa	35 30	—
" " Strzelce wielkie	4	—
" " Wietrzuchowice	23 34	—
Herr Twardzikowski	1	—
die Bezirks- u. Steueramtsbeamten	12 30	—
2 Ungenannte	3	—
2. in Wadowice	132 fl. 40 kr. u. z. der dortige Casino-Verein	70
Wadowicer Magistrat aus einer Sammlung	62 40	—
3. in Mogila	40 fl. 33 kr. u. z. die Gemeinde Krowodrza	8
Bisterzienser Kloster	15	—
Gutsbesitzer von Krzesławice, Jul. Kirchmayer	1	—
die Gemeinde Binczyce	4 43	—
" " Czyzyny	3 7	—
" " Kościelinki	3	—
" " Rakowice	1 17	—
" " Sulechów	2 25	—
Prądnik czerwony	2 40	—
Luczaszowice	1 50	—
die Gemeinden Olza, Mistrzowice, Dojazdów, Węgrzynowice in kleineren Beträgen	2 51	—
Gutsbesitzer Puski in Prądnik	1	—
4. Bezirksamt in Chrzanów	69 50	—
5. " Skawina	34 38	—
6. " Oświęcim	52 31	—
7. " Dobczyce	47 80	—
8. " Myslenice	31 13½	—
9. " Milówka	27 75	—
10. " Kalwaria	64 50	—
11. " Bielsko	101 35	—
12. " Bochnia	272 36½	—
13. " Krzesławice	50	—

Die an den vom 4. bis 13. ausgewiesenen Beiträgen beteiligten werden später bekannt gegeben werden.

Krakau, den 9. April 1862.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben in Anwendung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung § 3 mit Allerhöchstem Hansschreiben vom 5. d. M. dem Fürsten Maximilian Karl von Thurn und Taxis die erbliche Reichsrathswürde allerniedrigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Entschließung vom 4. April d. J. den Nachbenannten die Bezeichnung allerniedrigst zu verleihen geruht, die denselben verliehenen fremden Orden annehmen und tragen zu dürfen, u. s. d. Generalmajor und Oberstabsweiser Oberst Majestät des Kaiserin Elisabeth, Alfred Grafen Königsegg zu Aulendorf, das Großkreuz des herzoglich braunschweig'schen Ordens Heinrich des Löwen;

dem Hauptmann zweiter Classe Napoleon Ritter v. Grotti, des Geniestabes, das Ritterkreuz des königlich sicilianischen Militär-S. Georgs-Ordens der Wiedervereinigung;

dem Oberleutnant in der Armee, Alexander Grafen v. Bylandt den königlich spanischen Orden Karl III.; dem Unterleutnant zweiter Classe, Siegfried Grafen Wolff-Metternich zu Windeck, des Ulanen-Regiments Erzherzog Ferdinand Maximilian Nr. 8, das Ritterkreuz des souveränen Johanniter-Ordens, dann

dem Gaveter Hermann Bellweger, des 9. Feld-Jäger-Bataillons, das Ritterkreuz zweiter Classe des königlich sicilianischen Ordens Franz I.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 31. März d. J. dem Finanzprocurator in Preßburg Dr. Nicolaus von Horovszky den Titel und Charakter eines k. k. Hofrates iurfrei zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 2. April d. J. dem Registraturdirektor des böhmischen Landesausschusses Vincenz Erben und dem Ober-Gässer Thomas Horak anlässlich ihrer Veriegung in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung ihrer vierjährigen, eifigen und erproblichen Dienstleistung jedem das goldene Verdienstkreuz mit der Krone allerniedrigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 28. März d. J. dem Protopsen Giovanni Battista Colombo, des Infanterie-Regiments Erzherzog Albrecht Nr. 44, in Anerkennung seiner mehr als vierjährigen, eifigen und erproblichen Dienstzeit, das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allerniedrigst zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 5. April d. J. dem Hofrathe bei dem böhmischen Ober-Landesgerichte Joseph Ritter von Null aus Anlaß der angefochtenen Veriegung in den wohlverdienten Ruhestand für sein vieljährige treue und erprobliche Dienstleistung die Allerhöchste Zufriedenheit ausdrücken geruht.

Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:
Der Oberst Alois Graf Pötting & Persing, des Infanterie-Regiments Großfürst Nikolaus Cesarewitsch Thronfolger von Russland Nr. 61, unter gleichzeitiger Entthebung von der Dienstleistung als Vorsteher der Kammer Sr. f. f. Hoheit des Herrn Erzherzogs Joseph, zum Commandanten der Festung Alt-Grabisca, und

der Major Stephan Ivanović, des General-Quartiermeisterstabes, bisher Flügel-Adjutant des Banus F. M. Freiherrn v. Szolczić, zum Oberstleutnant im Broder Grenz-Infanterie-Regiment Nr. 7 und wird mit der Leitung des General-Consulates in Serajevo betraut.

Uebersezungen:
Der Oberst Gustav Edler v. Wiesfelsch, Festungs-Commandant zu Alt-Grabisca, zum Militär-Stadt- und Platz-Commando in Wien;

die Majore:
Anton Kastl, vom Infanterie-Regimente Hoch- und Deutschmeister Nr. 4, zum Infanterie-Regimente Kronprinz Albert von Sachsen Nr. 11;

Joseph v. Henki, Commandant des 21. Feld-Jäger-Bataillons, in gleicher Eigenschaft zum 32. und Ferdinand Ritter v. Berger, Commandant des 32. in gleicher Eigenschaft zum 21. Feld-Jäger-Bataillon.

Verleihungen:
Dem pensionirten Hauptmann erster Classe Franz Di Corio und dem pensionirten Rittmeister erster Classe August Lombart, der Majors-Charakter ad honores.

Pensionirungen:
Der Oberst Karl Ritter v. Elvenich, vom Militär-Stadt- und Platz-Commando in Wien;

der Oberstleutnant Eduard von Hannig, Commandant des Littler-Grenz-Infanterie-Bataillons, mit Oberstens-Charakter ad honores;

der Oberstleutnant Karl Dunkl v. Abelshelm, des Infanterie-Regiments Kronprinz Albert von Sachsen Nr. 11;

die Majore:
Ferdinand Edler v. Guckler, des Infanterie-Regiments Freiherr v. Ajroldi Nr. 23, und

Viktor von Domaszewski des Genie-Stabes; endlich der Hauptmann erster Classe Karl Graff v. Ortenburg, des Infanterie-Regiments Graf Mazagalli Nr. 10, mit Majors-Charakter ad honores.

Das Finanzministerium hat den Finanzsecretar bei der Finanz-Landes-Directions-Abtheilung für das Oden-Großwardeiner Verwaltungsgebiet Benjamin Possaner Edlen von Ehrenthal zum Finanzarzt bei dieser Abtheilung ernannt.

Das Justizministerium hat die bei dem Landesgerichte in Sarz erledigte Landesgerichtsrathstelle dem Kreisgerichtsrathre des selben Gerichtes Eduard Bergner verliehen.

Nach der „Independance belge“ hat Spanien der Convention von Soleá d'ad seine Zustimmung ertheilt, und zwar in gleichem Ausdruck wie England. Die Isolierung Frankreichs in dieser Frage ist nun vollkommen.

Graf Dubois de Saligny, der französische Bevollmächtigte in Mexico, soll in einer an die Regierung gerichteten Depesche erklärt haben, daß Frankreich nur dann den Zweck der mexicanischen Expedition vollständig erreichen werde, wenn es seine Streitkräfte auf 20,000 Mann bringe. Es ist nun die Frage, ob der Kaiser dem Lande die erforderlichen Opfer wird auferlegen wollen, um einen Zweck zu verfolgen, der den Interessen Frankreichs offenbar fern liegt.

Mehr und mehr spricht man von der baldigen Rückkehr Turc de la Gravière's. Ueber den eigentlichen Grund seiner Abreise herrscht wohl kein Zweit-

sel; es ist jedoch nicht uninteressant, zu vernehmen, daß man seine Erhöhung zum Vice-Admiral als Vorwand dazu benutzt. Sein Commando im mexicanischen Golf sei das eines Contre-Admirals, und man könne ihm deshalb als Vice-Admiral nicht in einer seinem Range nicht entsprechenden Stellung belassen. Man darf das bei nicht übersehen, daß er erst vor zwei Monaten gerade deshalb befördert wurde, damit die Beteiligung Frankreichs an der Expedition dadurch neben der Spaniens und Englands eine höhere Bedeutung gewinne.

In der Goyon-Lavalette'schen Angelegenheit ist noch nichts entschieden. Die Anhänger beider Parteien glauben, daß ihre Sache durchgehen werde, und vielleicht geht auch die ganze Episode so weit, daß Marquis Lavalette wieder nach Rom zurückgeht, ohne daß General Goyon von dort abberufen wird. Grafin Goyon befindet sich noch in Paris; der päpstliche Rund.

Msgr. Chigi, hat ihr gestern einen Besuch abgestattet. Der „Independance“ zufolge wurde am 8. d. in Paris ein Ministrerrath abgehalten, um in der Angelegenheit Goyons zu entscheiden.

Der Cardinal-Erbischöf von Paris geht mit Genehmigung der Regierung nach Rom. Nach dem, was man vernimmt, wäre die Politik dieser Reise nicht ganz fremd.

Wie erwähnt, ist es Ratazzi in den Tuilerien stark verübt worden, daß er seine Amthäufigkeit mit Garibaldi's Rundreise eröffnet habe. Wie die „Ind. belge“ versichert wird, hat der Ministerpräsident jedoch seinem Freunde Garibaldi wiederholt Vorstellungen gemacht, sanft aufzutreten; auch röhrt die Einladung zu der Rundreise noch von Ratazzi her, und Ratazzi habe geschehene Dinge nicht mehr ändern können. Wie es sich mit dieser Ausrede aber auch verhalten möge, so steht fest, daß Garibaldi diesmal wieder blos bis Parma gekommen ist, und daß statt seiner ein anderer, wahrscheinlich Bixio, nach Neapel gehen wird, während Medici und Garini die Schützenvereine in der Emilia organisieren.

Wie der „Leipziger Zeitung“ aus Paris geschrieben wird, ist die von der „Opinion nationale“ veröffentlichte Adresse, worin angeblich 30,000 italienische Patrioten den Kaiser Napoleon flehentlich bitten, Rom zu räumen, vorzugsweise das Werk des Expriesters Issia, der die Unterschriften unter den niedrigsten Klassen mehrerer Städte gesammelt hatte.

Derselben Correspondenz zufolge hat Mazzini in einem confidentiellen Rundschreiben seine Freunde vor allzu großem Vertrauen zu Garibaldi gewarnt.

Es heißt, demnächst werde eine diplomatische Mission von Turin nach Teheran abgehen, um dem Schah von Persien das Halsband des Annunciaten-Ordens zu überbringen.

Nach der „B. u. H. Z.“ sind die Namens des Zollvereins mit Frankreich geschlossenen Verträge erst in den letzten Tagen der vorigen Woche den Zollvereinsregierungen zugegangen nachdem zuvor in einer in Berlin abgehaltenen Konferenz den verschiedenen dort anwesenden Vereinsbevollmächtigten die amtliche Mittheilung über den erfolgten Abschluß gemacht worden war. Der Director im preußischen Ministerium Delbrück ist nach Dresden abgereist und wird von da auch nach München, Stuttgart u. c. gehen, um sich mit den Zollvereinsregierungen über die Annahme des Handels- u. Vertrages zu besprechen, den Preußen mit Frankreich verabredet hat.

Wie der Schwäbische „Merkur“ vernimmt, hätte die bevorstehende Reise des französischen Generals Flury, Directors des kaiserlichen Gesetzewesens, nach der württembergischen Hauptstadt lediglich den Ankauf ebler Büchtpferde zum Zweck.

Der dänische Reichsrath hat den Antrag der Regierung, zur Anschaffung einer gepanzerten Seewehr 1 Million Thaler zu bewilligen, wovon 786.900 für Dänemark und Schleswig, mit 46 gegen eine Stimme angenommen.

Wie man der S. C. „von guter Seite“ mittheilt, steht es außer allem Zweifel, daß Riffa von Montenegro in Folge der immer näher rückenden Gefahr der Verlegung des Kriegsschauplatzes in sein Land und der von Seite Serbiens fortgesetzten Neutralität vor einigem Zeit durch Entsendung eines neuen Propositionen enthaltenden Schreibens von Omer Pascha die Initiative zu einem Ausgleiche ergriffen habe. Die neuen Vorschläge wurden von Omer Pascha rundweg zurückgewiesen, und dafür Omer Pascha beauftragt, mit aller Energie seine Offensiv-Operationen gegen Montenegro fortzusetzen.

Der Viceregn von Egypten wird zu einem vierwöchentlichen Besuch in Italien erwartet.

Nach den neuesten über Suez eingetroffenen Nachrichten aus Cochinchina, hat ein Neffe des Kaisers Tu-Duc den Oberbefehl über die anamitische Armee übernommen, die ungefähr 80 Kilometer von der französischen Kolonie auf der Straße von Hue gelagert ist.

In der Provinz My tho befinden sich nur noch vereinzelte Banden irregulärer Truppen, welche gegenwärtig von einer mobilen Colonne Franzosen energisch verfolgt werden.

Krakau, 3. April.

Der „Lemberger Btg.“ wird aus Krakau, 5. April geschrieben: Es gibt in Österreich wenig Städte mit verhältnismäßig so vielen Wohlthätigkeitsanstalten, als Krakau, aber auch wenige mit einer so hoch gediehenen Straßenbettelei. In Städten mit hoch entwickelter Industrie geschieht es wohl, daß durch politische und Handels-Conjuncturen gelegentlich eine Anzahl Arbeiter brodeln wird und die Wohlthätigkeit in Anspruch nimmt, jedoch pflegt das eine vorübergehende Erscheinung zu sein.

Alein in Krakau gibt es weder Fabriken noch andere ähnliche Unternehmungen. Die socialen und Gewerbsverhältnisse sind seit einer langen Reihe von Jahren stabil dieselben; und doch nimmt man wehr, daß sich die Zahl der einheimischen Armen und Bettler von Jahr zu Jahr mehrt; ja die Straßenbettelei bekam in den nächst verflossenen Jahren einen für die Stadtbewohner bedenklichen und bedrohlichen Charakter, und man hört sofort von Einbrüchen diebstählen, anderen großen Gefechtskämpfen und Unsitthlichkeiten.

Die Wurzel, woraus diese Calamität der Stadt so üppig wucherte, ist die hier unter der niederer Volksklasse herrschende Arbeitslosen, Hang zum Trunk und Eiderlichkeit. Es war daher nötig, die Wurzeln dieser giftigen Pflanze des geselligen Lebens auszuretten. Alle diese Unsitthstände waren die veranlassende Ursache, daß der hiesige Magistratsvorsteher Seidler in Gemeinschaft mit dem Magistratsrath Bernowski und dem Kanonikus und Professor der Theologie Wilczek einen Verein unter den hiesigen Stadtbewohnern ins Leben rief, welcher sich zur Aufgabe machte, soviel als es nur möglich ist, die Gassenbettelei abzustellen, die Bettler und auch sonstige Armen, so wie auch

Ermächtigung, diesen Herrn Abgeordneten wegen Ehrenbeleidigung gerichtlich belangen zu dürfen, gestellt wird, da diese Eingabe von keinem Herrn Reichsraths-Abgeordneten eingebracht worden war, übermittelt habe.

In der betreffenden Zuschrift des hohen Staatsministeriums, mit welcher diese Eingabe an das Haus zurückgeleitet wurde, heißt es: „Obwohl der Inhalt dieser Eingabe, worin das im Jahre 1855 stattgehabte Vorgehen Alexa's gegen einen das Laubstummsein stimulierenden Arrestanten geschildert und das hierdurch veranlaßte Versfahren sowohl des Strafgerichtes, von welchem Alexa wegen Mangels des Thatbestandes der angeschuldeten Uebertretung losgesprochen und für schuldlos erkannt wurde, als auch der Disciplinarbehörde, die den Alexa zur strafbaren Ueberzeugung auf eigene Kosten und zum Verlust eines achtmonatlichen Gehaltsbetrages von mehr 800 fl. Conv.-Münze virulentheilte, auseinandergesetzt (Rufe rechts: laut!) wird, in der Wesentlichkeit mit den hieramtlichen Akten übereinstimmt, so ist doch die in der vorliegenden Eingabe gestellte alternative Bitte: entweder um Widerruf der von Seite des Herrn Abgeordneten Dr. Zyblikiewicz gegen Alexa vorgebrachten Aeußerungen, oder um die Ermächtigung, diesen Herrn Abgeordneten wegen Ehrenbeleidigung gerichtlich belangen zu dürfen, in keiner dieser Beziehungen zu einem amtlichen Einschreiten des Staatsministeriums geeignet und man beeckt sich daher, die Eingabe sammt den Beilagen dem lobl. Präsidium zur angemessenen Verfügung wieder zurückzustellen.“

Wie erwähnt, wurde diese Eingabe, deren Ueberreichung Dr. Zyblikiewicz selbst auf sich genommen, dem Petitionsausschuß zugewiesen.

Auf der Tagesordnung stand die Berathung des Gesetzes gegen die Zuweisung der Strafgerichtsbarkeit bei Uebertretungen an Polizei- und politische Behörden, d. h. um die erste greifbare Konsequenz des allgemein anerkannten Prinzips der Trennung der Justiz und Verwaltung. Bekanntlich hat das Herrenhaus den ursprünglichen Gesetzentwurf, wie er aus den Berathungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, mit Rücksicht auf den bestehenden Beamten-Organismus und das jetzt geltende Strafrecht bedeutend modifiziert und ungeachtet der Anerkennung des vorerwähnten Prinzips für die Zeit bis zur Einführung einer neuen Gerichts-Organisation und erfolgter Revision des allgemeinen Strafgesetzbuches eine Reihe von Ausnahmen statuirt, in welchen auch noch fernherhin Polizei- und andere politische Behörden das Strafrichteramt üben sollen. Diesen Beschlüssen, schreibt die „Std. Post.“ mitt nun der Ausschuß offen entgegen, restituit das anerkennende Prinzip in seiner vollen, wir möchten fast sagen, in seiner theoretischen Reinheit, unbekümmert darum, wie sich die Regierung zu diesem Standpunkte verhalte und ob es möglich sein werde, auf diese Art den aus der Initiative des Hauses hervorgegangenen Gesetzentwurf noch in dieser Session durchzubringen. Der Herr Berichterstatter hat dieser Auffassung einen scharfen ungeschminkten Ausdruck gegeben. Nicht so andere Mitglieder des Hauses, ja nicht einmal der ursprüngliche Antragsteller selbst. Pr. Herbst und L.-G.-R. Hawella zogen es vor, nur die größten Härten des gegenwärtigen Systems, namentlich das Tabular-Strafversfahren, zu beseitigen und mit der völligen Wiedereinigung der Gerichte in ihr Amt auf bessere Tage zu warten, als durch hartnäckiges Beharren auf der reinen Durchführung des Prinzips auch das jetzt Erreichbare zu gefährden. Sie vereinbarten deshalb mit einander während einer kurzen Unterbrechung der Sitzung ein Ammentement, demzufolge der Bericht an den Ausschuß zurückgeleitet und demselben empfohlen wurde, in die Detailberathung der Beschlüsse des Herrenhauses einzugehen.

Der Abgeordnete Bachofen stellt eine Interpellation an Se. Excellenz den Herrn Staatsminister betr. das Schmuggelwesen an der tirolisch-sardinischen Grenze und die Corruption der dortigen Finanzwache.

Nach Erledigung der Tagesordnung beantragt der Abgeordnete Kuranda als Obmann des Petitionsausschusses, in Unbetracht der Dringlichkeit über die Eingabe des Bezirkvorstehers Alexa zu berathen.

Abgeordnete Kuranda liest die Petition vor, deren Inhalt im Wesentlichen folgender ist: Nicht im Jahre 1857 oder 1858, sondern am 20. Dezember 1855 sei nicht ein junger, etwa kränklicher Bettler, sondern ein dreißigjähriger, robuster, lebensfröhrender Mann bei der damals abgehaltenen allgemeinen Landesstreifung und zwar mit der schriftlichen Anzeige an das k. k. Bezirksamt Brzostek eingeliefert worden, daß dieses ausweislose, mit Betteln sich beschäftigende Individuum die Laubstummheit simulire. Um sich von dem Vagabunden, der sowohl schriftlich von dem Kommandeur Kubitsch, als auch mündlich durch seine Begleiter als Simulant bezeichnet wurde, nicht zum Besten halten zu lassen, habe er den provisorischen Amtsdiener Niewiadomski in der Absicht, um den Simulanten zu schrecken und hierdurch zum Sprechen zu bewegen, aufgesordert, ein glühendes Eisen zu bringen, um mit demselben nach dem Rath des anwesenden Gerichtsarztes, den Bettler zu probiren.“ Niewiadomski brachte aus dem Nachbarhause ein angeblich erhitztes Kohlenschäufelchen, welches er bei dem oben Ende angriff. Er ging mit demselben in das anstossende Vorsteherbüro, wo er sich durch das Halten des Schäufelchens an die Wange und an den Daumen der linken Hand überzeugte, daß aus dem angeblich erhitzten Schäufelchen gar keine fühlbare Wärme ausströme. (Heiterkeit.) Das aus der Handhabe eine kaum wahrnehmbare Wärme ausströmte, kann aus dem Umstande gefolgt werden, daß das Schäufelchen in dem benachbarten Hause blos an der Asche erhitzt und offen in einer mehr als sibirischen Kälte (20 Grad) über die Gasse durch das lange Vorhaus des Bezirkamtsgebäudes in den ersten Stock hinaufgetragen wurde. Von glühendem, d. i. von der Hitze röthlich schimmerndem

Eisen könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil diese Handhabe von dunkler, schwarzer Farbe war, was alle Zeugen bestätigt hatten. Während er mit dem Bettler sprach, habe er das Schäufelchen in der Hand geschwungen und es dann dem Wundarzte mit den Worten übergeben: Nun, Herr Doctor, machen Sie, daß er spricht. (Heiterkeit.) Der Wundarzt habe hierauf das Schäufelchen von ihm genommen und damit dem Bettler zwei Mal auf die Brust getupft und leise gestrichen, ohne daß der so Behandelte die mindeste Spur von Schmerz äußerte, auch nicht einmal die Gesichtsmiene verzog. Das also sei die grauen und schauerolle, jedes Menschengefühl empörende Geschichte „vom Stosse eines jungen Bettlers mit glühendem Eisen auf die entblößte Brust“, mit welcher Dr. Zyblikiewicz das hohe Abgeordnetenhaus und die gebildete Welt in erheblicher Weise zu mystifizieren beliebt hat. Dieser Sachverhalt sei durch das Urtheil des k. k. Karlsruher Untersuchungsgerichts, dann jenes des k. k. Krakauer Oberlandesgerichts (laut Beilage) zur Evidenz dargebracht und über jeden Zweifel erhaben. Nach Vollenhung des besprochenen Versuches, den Simulanten zu entlarven, habe er denselben, da er aus den Gefangen folgerte, daß er aus der Umgebung der Kreisstadt Jaslo sei, mit einer Zuschrift mittelst Schub befördert, damit dieselbe dort durch die Kreisärzte näher untersucht werde. In Jaslo angelangt, hätten zwei ungarnische Hebräer, welche mit transportirt wurden, erzählt, daß der Laubstummie in Brzostek mit glühendem Eisen gebohrt wurde; in Folge dieser Mittheilung hätte das k. k. Bezirksamt Jaslo bei der dortigen Kreisbehörde die Anfrage gestellt, was nun mit diesem Laubstummie, da er bereits in Brzostek mit Brennen durch glühendes Eisen nicht zum Sprechen gebracht wurde, zu beginnen sei. Dadurch sei die vorgesetzte Kreisbehörde zur Kenntnis dieses Vorfalles gelangt und hätte vom Büttsteller eine Auskunft abverlangt.“

Auf die Unfrage des Berichterstatters Kuranda ob er mit dem Vorlesen der Petition fortfahren, oder nur den Schluss vorlesen soll, da die Eingabe noch ziemlich lang sei, beschließt das Haus das letzte.

Abg. Kuranda erachtet hierauf den Präsidenten er möge vor Alem dem Dr. Zyblikiewicz das Wort ertheilen, damit derselbe selbst erklärt, ob er gesonnen sei oder vielleicht den Antrag stellen wolle, daß man die Erlaubnis gebe, auf Grundlage dieser sehr ungewöhnlichen Eingabe die Anklage vor Gericht zu erheben.

Abg. Zyblikiewicz theilt mit, daß damals nicht, wie es in der Eingabe heißt, der Reichsrathsabgeordnete Graf Glam, sondern der Graf Mercandini Landespräsident war. Redner liest hierauf ein auf diesen Vorfall sich beziehendes Circular des Grafen Mercandini an die Bezirksämter und stellt den Antrag, daß Haus solle beschließen, daß die gerichtliche Verfolgung stathabe. Mit diesem Antrag meint er nicht auf die ihm zustehende Immunität zu verzichten; sondern er überläßt seinen Antrag zur Beschlusssstellung.

In dem oben erwähnten Circular des Grafen Mercandini wird die Handlungweise des Bezirkvorstehers Alexa als ein grausamer und sinnloser Versuch bezeichnet und erklärt, daß er sich hierdurch einer im höchsten Grade widerseiglichen ruhen, und empörenden Misshandlung schuldig gemacht hat, weshalb man sich zu dem strengen Beschluß veranlaßt gesehen hat, diesen Bezirkvorsteher von Amt und Gewalt zu suspendiren und die Thatbestandsverhebungssache an die competente Staatsbehörde zu leiten. Wir stellen die Frage, warum Dr. Z. wollte er schon den Fall des Bezirkvorstehers Alexa zur Sprache bringen, in jener Sitzung nicht gleichzeitig auch dieses Document zur Kenntnis des Hauses gebracht. Daraus wäre hervorgegangen, daß die Regierung das Benehmen dieses Beamten auf das entschieden tadeln und Alles gethan habe, was einer leider vollendeten Thatsache gegenüber möglich und zur Verhütung ähnlicher dienlich war. Also, „was soll der Lärm?“

Die Abg. v. Grocholski, Brosche und Kaiser sprechen gegen den Antrag Zyblikiewicz.

Präsident setzt hierauf die Unterstützungsfrage zu dem Antrag des Dr. Zyblikiewicz (Niemand erhält sich), womit der Antrag gefallen und die Entscheidung des Hauses getroffen ist.

Wie die „Std. Post.“ berichtet, handelte es sich in der nach Schluss der öffentlichen stattgehabten geheimen Sitzung des Abgeordnetenhauses um eine Erklärung, welche die Wähler des Hrn. Abgeordneten Kostelnik gegen denselben überreicht haben. Dieselben machen ihrem Mandatar, abgesehen von seinen übrigen Ansichten, einen Vorwurf vorzüglich daraus, daß er sich der Berathung der Finanzangestalten hielte, indem er sich nicht blos der Abstimmung und der Wahl zum Finanzausschuß entzog, sondern auch den Sitzungsaal verlasse, so oft ein Finanzgegenstand auf die Tagesordnung gelange. Das Haus geht über diese Beschwerde zur Tagesordnung.

Über die gestrige Sitzung des Herrenhauses bemerken wir im Nachhange zu dem gestrigen Berichte, daß im weiteren Verlauf der Sitzung Graf Hartig mit einem Ammentement zu §. 10, Grb. v. Lichtenfels und Se. Exc. Minister v. Lasser das Wort ergriffen und nach Verwerfung des Ammentements noch die übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfes in der Fassung des Ausschusstrages angenommen wurden.

In Bezug auf die Frage der Steuererhöhung hat am 8. d. die betreffende Section über die Anträge des Subcomités welche wir ihm mitgetheilt haben, und beziehungsweise über die Regierungsvorlage den Beschluss gefaßt. Die Regierung hatte in ihrer Vorlage beantragt, daß der mit kaiserlicher Verordnung vom 13. Mai 1859 (R. O. Bl. Nr. 88) angeordnete außerordentliche Zuschlag vom 1. Mai 1862 angefangen:

a) Bei der Grundsteuer auf fünf zwölftel der ordentlichen Gebühr (des Kriegszuschlages) erhöht;

b) bei der Haushaltsteuer;

c) bei der Erwerbsteuer;

d) bei dem contributo arti e commercio (im Lombardisch-venetianischen Königreiche);

e) bei der Einkommensteuer verdoppelt werde.

Der Beschluß der Section geht nun dahin, daß bei der Einkommensteuer (Punkt e) der außerordentlich Zuschlag gänzlich zu entfallen habe, dagegen der Prozentualzuschlag der Einkommensteuer selbst verdoppelt werde. Die Absätze b, c und d der Regierungsvorlage wurden angenommen, d. h. es wurde die Erhöhung des außerordentlichen Zuschlags zu diesen Steuern um fünf zwölftel beschlossen. Dagegen wurde eine Erhöhung der Grundsteuer gänzlich abgelehnt; d. i. die Grundsteuer soll auch ferner in dem ursprünglichen Steuerausmaß mit dem Kriegszuschlag eingehoben werden. Bekanntlich hat der Finanzminister in dem Vortrage, welchen er im Februar bei Einbringung der Finanzvorlage im Abgeordnetenhaus gehalten hat, den Ertrag der beantragten Erhöhung der directen Steuern auf 16 Millionen Gulden veranschlagt. Nachdem nun die Section jede Erhöhung der Grundsteuer aus politischen und finanziellen Gründen abgelehnt hat, mußte der daraus entstehende Ausfall auf andern Wege gedeckt werden; und so wurde die Einkommensteuer in die etwas weit offene Bresche geschickt.

Österreichische Monarchie.

Wien, 10. April. Se. Maj. der Kaiser hat heute Vormittag Privataudienzen ertheilt und mehr als 100 Büttsteller empfangen.

Die Feier der Fußwaschung, welche am Gründonnerstag im Rittersaal der k. k. Hofburg stattfindet, beginnt nach dem Programme um 11 Uhr mit einem kurzen Gebete, nachdem die Greife am Morgen in der k. k. Hofkapelle communizt haben. Nach beendetem Fußwaschung werden die Tische in den Saal gebracht und die Speisen von k. k. Brutschessen aufgetragen. Das Mahl besteht in vier auserlesenen Fastenpeisen sammt Nachtisch und je einer Maß des vortrefflichsten Weines, womit die Gabe eines zinnernen Bechers mit der Bezeichnung der Jahreszahl und Veranlassung, so wie Beschenkung mit den 30 Silberstücke verbunden ist; außerdem erhalten die Greife eine neue Bekleidung.

Dem Vernehmen nach wird Ihre Maj. die Kaiserin in der Hauskapelle zu Venedig an 12 armen Weibern die Fußwaschung vornehmen, worauf dieselben betheilt werden.

Die Frau Herzogin Ludovika in Baiern, Mutter Ihrer Maj. der Kaiserin Elisabeth, wird heute von München nach Venedig zum Besuche der Kaiserin abreisen und 14 Tage dort verweilen. Die Frau Herzogin macht die Reise incognito. — Während der Österreichischen wird Prof. Skoda einen Aufzug nach Venedig machen, um sich von dem Fortgange der Besetzung des Zustandes der Kaiserin zu überzeugen.

Se. k. Hoheit der Gr. Großherzog Ferdinand von Toskana ist gestern mit dem Frühzuge der Nordbahn von Böhmen hier eingetroffen und in der k. k. Hofburg abgestiegen.

Das Unwohlsein des Herrn Staatsministers Ritter v. Schmerling dauerte auch gestern fort; seit vorgestern hatte sich dessen Besinden wenig verändert und konnte der Hr. Minister auch gestern nicht das Krankenbett verlassen.

Der k. ungarische Hofkanzler Graf Forgach und der k. ungarische Statthalter Graf Palffy hatten vorgestern Nachmittags 2 Uhr gleichzeitig eine längere besondere Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser; Letzterer ist gestern mit dem Frühzuge der Nordbahn nach Pest abgereist.

Aus einer Mittheilung des „Vaterland“ wissen wir daß Cardinal Scharzenberg auf den Erlass welchen das Staatsministerium an die drei böhmischen Bischöfe wegen ihres Verhaltens bei der Versammlung am 26. Februar gerichtet, geantwortet hat. Über den Inhalt dieser Antwort finden wir in der Wiener Kirchenzeitung folgende aus Prof. datirte Angabe: „Der Cardinal Fürst Schwarzenberg wies die Insinuationen (dieser Ausdruck dürfte schwerlich in dem Schreiben enthalten sein Q. R.) die ihm, als dem Erzbischof von Prag, vermöge seines Verhaltens in der Februarfeier Angelegenheit gemacht worden, zurück, und führte den Beweis, wie er als Kirchenfürst nur seine Pflicht gesetzen. Als Fürst Schwarzenberg aber verweise er den Herrn Minister Ritter v. Schmerling an die Traditionen des Hauses Schwarzenberg, denen er immer getreu geblieben, und diese Traditionen weisen die Unabhängigkeit an das Ullerhöchste Kaiserhaus durchwegs nach; auch der Cardinal habe die Ueberlieferungen seines Stammes nicht verlassen, und er müsse jede Mahnung in dieser Angelegenheit für überflüssig halten.“

Die Mitglieder der zum Leichenbegängnis des Marschalls Windischgrätz abgeordneten russischen Armee-Deputation wurden, wie die Presse mittheilt, von Sr. Maj. durch Ordensverleihungen ausgezeichnet. General v. Scheideman erhielt den eisernen Kronenorden erster Classe; der ihn begleitende Oberst den selben Orden zweiter Classe und Capt. Muchanon das Ritterkreuz des Leopoldordens.

Deutschland.

In Berliner Berichten ist wieder die Rede von einer Ministerkrise, herdorferufen durch den Brief des Finanzministers an den Kriegsminister. Herr von Roon soll nämlich schriftlich um seine Entlassung nachsucht haben; dieselbe wurde jedoch von dem Kaiser abgelehnt. In Folge dessen soll auch Herr Heydt zurückgetreten sein.

In Folge der polizeilichen Recherchen zur Ermittlung desjenigen, der dem Schreiben des Herrn v. d. Heydt an den Kriegsminister unter Verleugnung des Amtsgeheimnisses den Weg in die Öffentlichkeit gebahnt

hat, war festgestellt worden, daß der Mitredakteur der Börsischen Zeitung, Dr. Guido Weiß, eine Abschrift des Briefes von dem Fabrikbesitzer Blumenthal erhalten hatte. Herr Blumenthal vorgefordert erklärte, daß die Abschrift von einem seiner Comtoiristen angefertigt worden sei, den er indeß nicht nennen werde, und daß er in den Besitz des Schreibens selbst — oder richtiger, der ursprünglichen Copie desselben — durchemand gekommen sei, den er noch weniger nennen werde, da er nicht verpflichtet sei, für eine noch nicht einmal durch das Strafgesetz verbotene Handlung zum Denuncianten und Verräther zu werden. Die Rathsakademie hat hiezu, wegen verweigerten Zeugnisses, dessen Verhaftung so lange angeordnet, bis er die an ihn gerichteten Fragen beantworten werde. Herr Blumenthal wurde demzufolge sogleich in eine der Stadtvoigtei-Gesägnisszellen gebracht, wo ihm ein dort detinirter Stroh erst Platz machen mußte. In zwei Wochen fand sich Blumenthal Buchhalter und Geschäftsführer Hahn bei dem Untersuchungsrichter ein, um über das Schicksal seines Principals, der im Geschäft nicht zu entbehren sei, Erkundigung einzuziehen. Als Hahn hierbei die Gefangenhaltung desselben erfuhr, sandt er sich veranlaßt, das Bekennniß abzulegen, daß er selbst es gewesen sei, der Herr Blumenthal die Abschrift des Briefes gegeben habe. Demgemäß wurde nun Herr Hahn sofort vernommen und durch den Hinweis auf die gleiche Verhaftung bestimmt, Denjenigen zu nennen, von welchem er die Briefabschrift erhalten hatte. Hierdurch ergab sich der erste Anhaltspunkt für den eigentlichen Anfang einer Disciplinaruntersuchung, denn der von Hahn benannte war der im Kriegsministerium angestellte Intendantur-Sekretär Köhler.

Der „Ostsee-Blz.“ wird aus Posen, 6. d. geschrieben: Bei der letzten Volkszählung hat sich herausgestellt, daß die Zahl der deutschen Katholiken in der Provinz Posen über 120,000 und somit etwa 1/7 der katholischen Gesamtbevölkerung der Provinz beträgt. Wie man in unterrichteten Kreisen hört, hat der Oberpräsident v. Bonitz auf Grund dieser Ermittlung an den Erzbischof v. Przybuski die Forderung gestellt: 1) daß die aus Staatsjonds gewährten Unterstützungen an die deutschen und polnischen Alumnen in den beiden Priesterseminarien zu Posen und Gnesen freigemacht werden; 2) daß überall, wo das Bedürfnis vorhanden ist, namentlich in den Städten, für die Katholiken deutscher Zunge Andachten in ihrer Muttersprache eingerichtet werden.

Aus Oppenheim meldet das Frank. J. daß eine von 27 Liberaten auf den 6. d. anberaumte Beprechung über die Landtagswahlen durch Gendarmen verhindert wurde. Man versammelte sich hierauf bei einem Glase Wein in einer Privatwohnung, doch auch da wurde die Versammlung trotz der Protestation des Hausherrn und des Arztes Wenzel aufgelöst. Die Befehlsgattungen saßen hierauf ihre Berathung in einem Nachen auf dem Rhein fort. Die Ernennung des Arztes Bargum zum Bürgermeister der Stadt Kiel hat die tiefste Sensation ausgelöst. Die Ernennung des Arztes Bargum zum Bürgermeister der Stadt Kiel hat die tiefste Sensation ausgelöst. Am 4. d. haben sich in Kiel wirklich 3-400 wohlbekannte und angesehene Bürger und Einwohner der Gemeinde versammelt und beschlossen, nach vorausgegangener Einigung einstimmig eine Erklärung abzugeben und zu veröffentlichen, daß der Ernanntheit die Achtung und das Vertrauen seiner Mitbürger nicht bestehen.

Wie aus Kiel, 4. April geschrieben wird, ist Advoct Bargum nicht nur zum Bürgermeister von Kiel, sondern zugleich Etatsrat ernannt worden. Die Bedenken, die man hier laut gegen seine Rechtschaffenheit ausspricht gründen sich darauf, daß Bargum in der letzten Jahren wegen eines Vorganges bei einer Erbschaftsregulirung (es handelte sich dabei um eine Unterschlagung von etwa 1500 Thlr.) in Criminaluntersuchung gerathen und vom Obergerichte in Glückstadt auch wegen Betruges verurtheilt worden ist. Das Oberappellationsgericht hat durch ein im Laufe dieses Winters erlassenes Erkenntniß zwar die Strafe aufgehoben und Irratum statt des Betruges angenommen, jedoch dabei ausdrücklich in dem Urtheile ausgesprochen, daß Bargum in seiner Rechnungsablegung, so wie in seinen Briefen u. wiederholte wahrheitswidrige Angaben gemacht, und verurtheilt ihn deshalb auch in die Kosten beider Instanzen. (Wie man wissen will, soll die östnische Regierung Bargum für die nächste Ständeversammlung zum „Königlichen Commissär“ zu ernennen beabsichtigen, und dies soll der Grund sein, weshalb ihm bereits jetzt der Charakter eines wirklichen Etatsraths beigelegt worden.)

Paris, 7. April. Eine Commission des Staatsrates hat den Befehl erhalten, das Project über die Dotations-Palais umzuarbeiten. Es soll der neue Entwurf einfach dem Kaiser eine jährliche Summe zur Vertheilung von Dotations- und Pensionen an verdiente Soldaten zur Verfügung stellen. — Es heißt, daß der Gesetz-Entwurf über die obligatorische Conversion der 4 1/2 proc. Rente nach Ostern in der Kammer eingebracht werden soll. — Nächsten Donnerstag hält der Kaiser wieder Revue über einen Theil der Garde ab. Später wird die Reihe an die Garnison von Paris kommen. — Die gepanzerten Schiffe haben im gegenwärtigen Augenblicke die öffentliche Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich gezogen. Augenscheinlich besitzt Frankreich deren schon genug, um ein eigenes gepanzertes Geschwader bilden zu können. Es scheint nämlich, es solle eine „Escad

Amtsblatt.

N. 20494. Concurs. (3673. 3)

Zur Besetzung des, an der k. k. med. chir. Lehramt zu Lemberg erledigten Lehramtes der Seuchentheorie und Veterinär-Polizei, womit der Gehalt jährlicher 630 fl. ö. W. verbunden ist, wird der Concurs bis 15 ten Mai d. J. mit dem Beisache eröffnet, daß die Bewerber um diesen Lehramtsposten ihre Gefüche belegt mit den Diplomen über die erlangten akademischen Grade und insbesondere mit dem Diplome eines Thierarztes, dann versehen mit der Nachweisung ihrer bisherigen Verwendung im Lebendfache und in der praktischen Thierheilkunde, so wie ihrer etwaigen literarischen Leistungen erworbenen Verdienste und Sprachkenntnisse binnem der festgesetzten Concursfrist mittelst ihrer unmittelbar vorgesetzten Behörde bei dieser k. k. Statthalterei einzubringen haben.

Von der k. k. galizischen Statthalterei.

Lemberg, am 11. Jänner 1862.

N. 18397. Kundmachung. (3674. 2-3)

Mit Erlass des h. Staatsministeriums vom 24. September 1861 §. 8966 wurde die Errichtung eines weiblichen zweijährigen Präparandencurses an der Kloster-Mädchenhauptschule in Stanisławki bewilligt, welcher am 1. October 1861 eröffnet worden ist.

Die Unterrichtsgegenstände dieses Curses sind:

1. Die Religionslehre mit Einschlus der biblischen Geschichte,
2. Die Erziehungs- und Unterrichtslehre,
3. Die polnische Sprache,
4. Die deutsche Sprache,
5. Das Rechnen,
6. Das Schöns- und Fertigschreiben,
7. Das Zeichnen,
8. Die Geographie und Geschichte.

Zur Aufnahme in diesen pädagogischen Lehrcurs wird gefordert:

- a) eine entsprechende dem künftigen Lehrberufe zugehörige Gesundheit und körperliche Beschaffenheit,
- b) sittliche und religiöse Wohlverhaltenheit,
- c) Vollendung der 4ten Hauptschulklasse mit guten Erfolge,

Hätte eine Aufnahmewerberin keine Gelegenheit gehabt, die 4te Hauptschulklasse ordentlich zu vollenden, so kann die Aufnahme nur nach einer mit entsprechenden Erfolge bestandenen Prüfung über die in dieser Classe gehörigen Gegenstände erfolgen.

- d) Vollendung des 16. Lebensjahres.

Die Kandidatinnen müssen im Klostergebäude wohnen und für die Unterkunft und Beköstigung jährlich 84 fl. ö. W. zu Händen der Klostervorsteherin entrichten.

Dies wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. galiz. Statthalterei.

Lemberg, am 21. März 1862.

N. 18397. Obwieszczenie.

Rozporządzeniem wys. Ministerium Państwa z 24-go września 1861 do l. 8966 dozwolone zostało utworzenie dwuletniego żeńskiego kursu pedagogicznego przy głównej szkole panieńskiej w klasztorze w Stanisławkach, któryto kurs rozpoczęł się na dniu 1 października 1861.

Przedmioty naukowe tego kursu stanowią:

1. nauka religii włącznie z historią biblijną,
2. nauka wychowania i nauczania,
3. język polski,
4. język niemiecki,
5. rachunki,
6. pisanie,
7. rysunki,
8. geografia i historia.

Do przyjęcia do tego kursu pedagogicznego wymaga się:

- a) stan zdrowia i fizyczne uzdolnienie odpowiednie przyszemu zawodowi nauczycielskiemu,
- b) obyczajność i religijność,
- c) ukończenie z dobrym postępem 4tej klasy przy szkole głównej,

Jeżeliby zaś kandydatka nie miała sposobności ukończenia 4tej klasy przy jakiej szkole głównej, to przyjęcie może nastąpić tylko w skutek egzaminu odbytego z odpowiednim postępem co do przedmiotów do tej klasy następujących.

- d) ukończenie 16go roku życia.

Kandydatki obowiązane są mieszkać w klasztorze i za wikt i umieszczenie płacić rocznie do rąk przełożonej klasztoru 84 zł.

Co się niniejszym podaje do powszechnej wiadomości.

Od c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 21 marca 1862.

N. 208. pr. Concursbeschreibung. (3651. 2-3)

Bei dem k. k. Neu-Sandeczer Kreisgerichte ist eine systematische Gefangenaufseher-Stelle mit dem jährlichen Gehalten von 262 fl. 50 kr. ö. W. und Amtskleidung in Betreuung gekommen.

Bewerber um diese Stelle haben ihre ordnungsmäßig belegten Gefüche binnen vier Wochen vom Tage der 3ten Einschaltung dieser Kundmachung in das Amtsblatt der "Krakauer Zeitung" im vorgeschriebenen Wege bei dem Präsidium dieses k. k. Kreisgerichtes zu überreichen.

Insbesondere haben disponible landesfürstl. Dienner, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, nachzuweisen in welcher Eigenschaft, mit welchen Bezügen und von welchem Zeitpunkte angefangen, sie in den Stand der Verfügbarekeit versetzt wurden, endlich bei welcher Kasse sie die Disponibilitätsgefüche beziehen.

Vom Präsidium des k. k. Kreisgerichts.

Neu-Sandez, am 7. April 1862.

N. 7410. Kundmachung. (3682. 2-3)

Vom Rzeszower k. k. städtisch-delegirten Bezirksgerichte wird das hiergerichtliche in den Amtsblättern der "Krakauer Zeitung" Nr. 284, 285, 286 vom Jahre 1861 und gemacht Edict vom 4. November 1861 §. 6279 dahin berichtet: daß die von der mit der ersten österreichischen Sparkassa vereinigten allgemeinen Wiener Versorgungs-Anstalt ausgestellten auf 10 fl. EM. und auf den Namen Camillo Dessaga lautenden zwei Interessenscheine das Datum: Wien am 12. November 1841 und nicht die irrg angegebene Nr. 121160/1 sondern die richtige Nr. 126,160 und 126,161 tragen.

Rzeszów, am 28. Februar 1862.

N. 846. E d y k t . (3685. 3)

C. k. Sąd obwodowy Rzeszowski ogłasza, iż X. Maksymilian Stanisławski pod dniem 8 lutego 1862 do 1. 846 wniosł prośbę o amortyzację wekslu na 1500 zł. przez pp. Braci Praschill w Rzeszowie dnia 6 czerwca 1861 na imię X. Maksymiliana Stanisławskiego wystawionego, dnia 6 grudnia 1861 płatnego, i wzywa się każdego, aby ten weksel posiadał, aby takowy w przeciągu 45 dni licząc od dnia trzeciego umieszczenia niniejszego edyktu w urzędowej części gazety Krakowskiej tutejszem Sądowi przedłożył i prawa z posiadania tego wekslu mu urosłe wykazał, gdyż inaczej weksel na powtórne żądanie X. Maksymiliana Stanisławskiego umorzony zostanie.

Rzeszów, dnia 14 marca 1862.

N. 2711. E d y k t . (3663. 2-3)

C. k. Sąd krajowy w Krakowie na skutek żądania p. Kazimierza Statkiewicza poprzedniego właściciela jurydyki Groble składającej się z realności Nr. 237 G. IX. według ks. gl. G. IX. vol. nov. 4 pag. 19 n. 7 h. Józefa i Franciszka Chybiskich małżonków własnej, tudzież z gruntu na którym realności Nr. 217, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 228 Gm. IX. stoją, i do pobierania indemnizacji uprawnionego, celem przyznania kapitału indemnizacyjnego, stosownie do odeszy c. k. Dyrekcyi funduszów indemnizacyjnych z dnia 12 grudnia 1860 Nr. 3195 na zniesienie czynszów ziemnych od realności Nr. 217, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 155/2 lit. B. Nr. 239, 229, 230 Gm. IX. właścicielowi jurydyki Grobla opłacanych w ilości 518 złr. 20 kr. mk. obliczonego, wzywa wszystkich wierzycieli hypotecznych wzmiarkowanej realności jurydyki Groble, aby się ze swemi pretensjami lub prawami najdalej do 25 maja 1862 do c. k. Sądu krajowego w Krakowie pismennie lub ustnie zgłosił.

Zgłoszenia te mają w sobie zawierac:

- a) dokładne oznaczenie imienia i nazwiska, miejsca pobytu (Nr. domu) zgłoszającego się i jego pełnomocnika który zaopatrzył się ma w pełnomocnictwo we wszystkie prawne wymagalności zaopatrzone i legalizowane.
- b) kwotę wniesionej pretensi hypotecznej tak względem kapitału jako i procentów ile takowe takie samo prawo zastawu mają co i kapitał,
- c) oznaczenie tabularne zgłoszoną pozycję,
- d) w razie gdyby zgłoszającego się miejsce pobytu po za obrębie tego sądu było, także i wymienienie tutaj mieszkającego pełnomocnika w celu przyjmowania rozporządzeń sądowych, gdyż w przeciwnym razie takowe z tym samym skutkiem prawnym, jak gdyby do własnych rąk doręczone zostały, zgłoszającemu się przez pocztę przesłaneby były.

Równocześnie oznajmia się, iż ten któryby w terminie wyż oznaczonym ze swoja pretensja nie zgłosił się, będzie uważany tak jak gdyby zezwolił na przekazanie swej wierzytelności do kapitału indemnizacyjnego wyż oznaczonego, według kolejna na niego przypadającej, i że przy przeprowadzeniu postępowania więcej słuchany nie będzie.

Niestawiający na terminie utracą także prawo czynienia wszelkich wniosków i użycia wszelkich środków prawnych przeciw ugodzie której interesanci stawający zawarli między sobą w myśl §. 5 patentu z dnia 25. Września 1850 jednakże tylko wtedy, jeżeli pretensja jego według porządku hypotecznego przekazana została do kapitału wynagrodzenia albo też stosownie do §. 27 ces. pat. z 8go Listopada 1853 zabezpieczona została na gruncie i ziemi.

Kraków, dnia 24 listego 1862.

N. 346.civ. E d i c t . (3676. 2-3)

Vom k. k. Bezirksamt als Gerichte zu Leżajsk wird bekannt gemacht, daß in Gemäßheit des Ansuchens des k. k. Lemberger Landesgerichtes vom 24. December 1861 §. 50325 zur Einbringung der erseignen Kapitalbeträge pr. 287 fl. 1½ kr. 4811 fl. 15 kr. 3796 fl. 21 kr. und 2877 fl. 54 kr. zusammen 11,272 fl. 31½ kr. W. sammt der vom 27. October 1860 bis zum Zahlungstage laufenden 4% Verzugszinsen der Urtheilstaxe pr. 6 fl. EM. der Gerichtskosten 2. Instanz per

Rzeszów, dnia 14 marca 1862.

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Barom.-Höhe auf 10° Réamur red.	Temperatur nach Réamur	Specielle Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Wetter mit Wolken	Gefechnungen in der Atmosphäre	Aenderung der Wärme im Laufe d. Tages von 6 bis 12
10 2	328° 96	+ 10° 5	54	Ost stark	Heiter mit Wolken	— 0° 1	+ 14°
10 10	28 73	+ 5° 0	83	West schwach	Wolken	—	
11 6	28 96	+ 0° 6	95	West	Wolken	—	

5 fl. 15 kr. der früher zuerkannten Executionskosten pr. 6 fl. 109 fl. 47 kr. 9 fl. 33 kr. EM. 17 fl. 83 kr. 4 fl. 60 kr. und 46 kr. ö. W. so wie der jetzt zuerkannten Executionskosten im gemäßigen Betrage von 13 fl. 14 kr. ö. W. der dritte Termin zur executiven Feilbietung der für den Cautionsbetrag pr. 13,197 fl. 58 kr. W. W. als Hypothek dienenden Realitäten Nr. 279, 70 und 147 in Laska dolna und der Realitäten Nr. 77 und 78 im Markte Grodzisko zu Gunsten der k. k. Finanz-Procuratur Namens des h. Aerars, wider Maximilian Kellermann am 24. Juni 1862 um 9 Uhr Vormittags in der Kanzlei des Leżajsker k. k. Bezirksgerichtes unter folgenden Bedingungen vorgenommen werden wird:

1. Zum Ausrufpreise wird der nach den Schätzungsacten des dattio 16. October 1843 und 21. Mai 1851 erhobene Wert von 692 fl. 30 kr. EM. oder 727 fl. 12½ kr. ö. W. angenommen.

2. Jeder Kauflustige ist verbunden 10% des Ausrufpreises als Angeld zu Händen der Licitations-Commission in Baaren oder mittelst Staatspapieren oder galiz. ständischen Pfandbriefen nach dem Tageswertwerthe oder endlich mittelst Spar-kassabücheln nach dem Nominalbetrage zu erlegen, welches Angeld für den Meistbietenden zurückzuhalten und falls es im Baaren geleistet ist, in die erste Kauffchillingshälfte eingerechnet, den übrigen aber nach der Licitation zurückgestellt werden wird.
3. Der Bestbieter ist verpflichtet, die 1. Kauffchillingshälfte, mit Einrechnung des im Baaren geleisteten Angeldes binnem 30 Tagen vom Tage des zu Gericht angemachten Feilbietungssactes angerechnet, die 2te Kauffchillingshälfte binnem 3 Monaten nach Verlauf des ersten Zahlungstermines gerichtlich zu erlegen.

Nach Bezahlung der ersten Kauffchillingshälfte wird dem Bestbieter das nicht im Baaren geleistete Angeld zurückgestellt.

4. Der Käufer ist verbunden die auf diesen Realitäten haftenden Grundlasten vom Tage des verlangten Verstiges ohne alle Vergütung, die intabulirten Lasten aber nur nach Maßgabe des angebotenen Kauffchillings zu übernehmen, wofern sich einer oder der andere der Hypothekar-Gläubiger weigern sollte, die Zahlung vor der gesetzlichen oder bedunigen Auflösung-Termine anzunehmen.

Nach Bezahlung der ersten Kauffchillingshälfte wird dem Bestbieter das nicht im Baaren geleistete Angeld zurückgestellt.

5. Der Käufer ist verbunden die auf diesen Realitäten binnem 30 Tagen vom Tage des zu Gericht angemachten Feilbietungssactes angerechnet, die 2te Kauffchillingshälfte binnem 3 Monaten nach Verlauf des ersten Zahlungstermines gerichtlich zu erlegen.

Nach Bezahlung der ersten Kauffchillingshälfte wird dem Bestbieter das nicht im Baaren geleistete Angeld zurückgestellt.

6. Der Käufer ist verbunden die auf diesen Realitäten binnem 30 Tagen vom Tage des zu Gericht angemachten Feilbietungssactes angerechnet, die 2te Kauffchillingshälfte binnem 3 Monaten nach Verlauf des ersten Zahlungstermines gerichtlich zu erlegen.

Nach Bezahlung der ersten Kauffchillingshälfte wird dem Bestbieter das nicht im Baaren geleistete Angeld zurückgestellt.

7. Der Käufer ist verbunden die auf diesen Realitäten binnem 30 Tagen vom Tage des zu Gericht angemachten Feilbietungssactes angerechnet, die 2te Kauffchillingshälfte binnem 3 Monaten nach Verlauf des ersten Zahlungstermines gerichtlich zu erlegen.

Nach Bezahlung der ersten Kauffchillingshälfte wird dem Bestbieter das nicht im Baaren geleistete Angeld zurückgestellt.

8. Der Käufer ist verbunden die auf diesen Realitäten binnem 30 Tagen vom Tage des zu Gericht angemachten Feilbietungssactes angerechnet, die 2te Kauffchillingshälfte binnem 3 Monaten nach Verlauf des ersten Zahlungstermines gerichtlich zu erlegen.

Nach Bezahlung der ersten Kauffchillingshälfte wird dem Bestbieter das nicht im Baaren geleistete Angeld zurückgestellt.

9. Der Käufer ist verbunden die auf diesen Realitäten binnem 30 Tagen vom Tage des zu Gericht angemachten Feilbietungssactes angerechnet, die 2te Kauffchillingshälfte binnem 3 Monaten nach Verlauf des ersten Zahlungstermines gerichtlich zu erlegen.